

Zweitjobbörse

Rote und schwarze Wiener Bezirksvorsteher sitzen in Aufsichtsräten roter und schwarzer Wohngenossenschaften – eine absurderweise rechtmäßige Unvereinbarkeit.

VON GERNOT BAUER

Als Bezirksvorsteher von Wien-Leopoldstadt ist Karlheinz Hora ein vielbeschäftigter Mann. Aus Horas Aufgabenbuch der vergangenen Woche: Umbenennung des Ferry-Dusika-Stadions, Ansiedelung eines vegetarischen Restaurants im ehemaligen Wachzimmer am Praterstern, Einrichtung von Anwohner-Parkplätzen im Karmeliterviertel. Donnerstag vorvergangener Woche präsentierte der Bezirksvorsteher Bewohnern eines Gemeindebaus am Handelskai ein Erweiterungsprojekt mit 600 Tiefgaragenplätzen und 200 neuen Wohneinheiten. Der Wohnbau ist ein Hauptbetätigungsfeld des Karlheinz Hora – in doppelter Hinsicht: als Bezirksvorsteher und als Funktionär von vier Wohnbaugesellschaften.

Was offensichtlich unvereinbar ist, wird von der Wiener Stadtverfassung doch gedeckt: Bezirksvorsteher können neben ihrem 10.000-Euro-Hauptjob zusätzlich Aufsichtsratsmandate übernehmen. Wichtiger als das in den meisten Fällen geringe Zusatzeinkommen dürfte wohl der Einfluss sein, den derartige Funktionen mit sich bringen.

Am Beispiel Karlheinz Hora: Der Vorsteher des 2. Bezirks sitzt seit 2012 im Aufsichtsrat der von der SPÖ mitdominierten Sozialbau AG, laut Firmen-Website „die Nr. 1 unter den privaten und gemeinnützigen Wohnungsunternehmen Österreichs“ mit 48.179 Miet- und Eigentumswohnungen, 527 Geschäftslokalen und 27.987 Garagenplätzen. In Horas Heimatbezirk engagierte sich die Sozialbau unter anderem beim Großprojekt am Nordbahnhof-Gelände.

In diversen Anteilsverschränkungen bildet die Sozialbau einen Verbund mit anderen Genossenschaften, darunter die Volksbau. Im Aufsichtsrat der Volksbau sitzt abermals Karlheinz Hora – und auch Franz Prokop, Vorsteher des 16. Bezirks (Ottakring). Zusätzlich hat Hora ein Aufsichtsratsmandat bei den SPÖ-nahen Wohngenossenschaften Familie und Wohnbau inne. Freilich sind Aufsichts-



KARLHEINZ HORA

Bezirksvorsteher und Aufsichtsrat im größten Wohnungsunternehmen Österreichs mit Geschäftsinteressen in seinem Bezirk

ratsjobs in Wohnbaugesellschaften kein exklusiv rotes Phänomen. Der langjährige Döblinger ÖVP-Bezirksvorsteher Adolf Tiller sitzt im Aufsichtsrat der Wohnbaugenossenschaft Krottenbach.

Die offensichtliche Reibungsstelle für rote und schwarze Bezirkschefs: Laut Paragraph 103h der Wiener Stadtverfassung umfasst der Aufgabenbereich eines Bezirksvorstehers auch die „Mitwirkung bei der Vollziehung der Bauordnung für Wien“. Der Bezirksvorsteher wird daher zu jeder Bauverhandlung geladen. Für Flächenwidmungen, Baubewilligungen und baupolizeiliche Maßnahmen ist zwar der Magistrat – und damit die Stadt – als Behörde zuständig, allerdings können Bezirksvorsteher, Bezirksvertretung oder auch der Bauausschuss des Bezirks Projekte realpolitisch blockieren. Für Wohnbauunternehmen ist es damit durchaus nicht von Nachteil, einen Bezirksvorsteher im Aufsichtsrat sitzen zu haben.

Die Frage nach der Höhe seiner Aufsichtsratsgelder wollte Hora nicht beantworten. Laut einer Stellungnahme des SPÖ-Rathausklubs im Namen der betroffenen SPÖ-Bezirksvorsteher sei es nur natürlich, dass politiknahe Wohnbau-Genossenschaften politisch erfahrene Funktionäre als Experten für ihre Gremien nominieren würden. Aus rechtlicher Sicht liege zudem keine Unvereinbarkeit vor.

Laut Paragraph 61b der Wiener Stadtverfassung darf ein Bezirksvorsteher während seiner Amtstätigkeit „keinen Beruf

mit Erwerbsabsicht ausüben“. Aufsichtsratsmandate dürften damit tatsächlich rechtmäßig sein, vor allem jene in kleineren Genossenschaften, die nur geringfügige, zweistellige Sitzungsgelder auszahlen.

Auf eine im Vergleich üppige Summe bringt es da Veronika Mickel, seit 2010 ÖVP-Bezirksvorste-

herin in Wien-Josefstadt. Die 37-jährige Nachwuchshoffnung der ÖVP – einst im Kabinett von Josef Pröll tätig – wurde 2012 in den Aufsichtsrat der Raiffeisen Landesbank Niederösterreich-Wien berufen, wofür sie dem Vernehmen nach 5000 Euro pro Jahr erhält, die sie allerdings für karitative Zwecke einsetzt. Mickel ließ eine Anfrage von profil unbeantwortet. Gegenüber dem „Standard“ erklärte sie 2012, ihre Aufsichtsratsfunktion ehrenamtlich auszuüben, und schloss eine Unvereinbarkeit aus: „Der Aufsichtsrat der Raiffeisen-Landesbank“ habe nichts mit „Raiffeisen-Immobilien zu tun“. Überdies habe sie sich „bei der Magistratsdirektion erkundigt“, es gebe „keine Unvereinbarkeit mit dem Berufsverbot“. Laut Angabe der Magistratsdirektion gegenüber profil habe man seinerzeit auf Mickels Anfrage die Zulässigkeit ihres Aufsichtsratsmandats „weder bejaht noch verneint“. Die Rechtmäßigkeit hänge allein davon ab, wie arbeitsintensiv die Bezirksvorsteherin das Aufsichtsratsmandat anlege und wie viel sie dabei lukriere.

Der Josefstädter Bezirksrat Christoph Ulbrich, Gemeinderatskandidat der Liste „Wien anders“ bei den kommenden Wahlen, übt heftige Kritik an Rot und Schwarz: „Das Einkommen eines Bezirksvorstehers in Höhe von 10.000 Euro sollte Nebentätigkeiten überflüssig machen. Außerdem ist das Amt so aufwendig und verantwortungsvoll, dass für Nebentätigkeiten eigentlich keine Zeit bleiben kann.“ ■